FDPDie Liberalen

BASELBIETER FREISINI

Augmented Reality
So wird Ihr «Freisinn» lebendig! Anleitung auf Seite 23

Gemeinsam weiterkommen.

Die Baustellen anpacken

Das Wahlresultat am 20. Oktober hat das Engagement unserer Basis leider nicht belohnt.
Parteipräsidentin Petra Gössi nimmt Stellung und zieht Schlüsse für die Zukunft.
Seite 9

Fortschritt statt Ideologie von gestern

Die FDP setzt sich für Lösungen in der Umweltpolitik ein – doch wer glaubt, das sei das einzige drängende Problem, irrt sich. Fraktionspräsident Beat Walti blickt voraus in die 51. Legislatur. Seite 10

Der Staat als Preistreiber beim Wohnen

Ziel der Volksinitiative für «mehr bezahlbare Wohnungen» ist erschwinglicher Wohnraum. Mit massiven Markteingriffen würde aber genau das Gegenteil erreicht, erklärt Daniela Schneeberger.

Seite 19

Die Neugewählten stellen sich vor



Seiten 20 bis 23

Jetzt erst recht – wir starten gemeinsam durch

Editorial

Geschätzte Freisinnige

Ich möchte mich zuerst ganz herzlich bedanken: Danke für 26 536 Stimmen, für die Wiederwahl als Nationalrätin, für die gemeinsamen Momente im Wahlkampf, die vielen Zusprüche und Ihren unermüdlichen Einsatz für meine Ständeratskandidatur. Bis zum 24. November 2019 sind es nur noch wenige Tage, und der 1. Wahlgang hat klar gezeigt: Auch diese Wahl wird durch die Mobilisierung entschieden.

Bei der Ständeratswahl haben über 58 Prozent aller Bürgerinnen und Bürger auf ihr Stimmrecht verzichtet. Um genau diese Wählerinnen und Wähler an die Urne zu bringen, brauche ich Ihre Hilfe, geschätzte Freisinnige und Freunde. Mobilisieren Sie in Ihrem Umfeld, bei Ihren Freunden, Bekannten, Verwandten, Ihren Nachbarn, Ihren Arbeitskolleginnen und -kollegen und allen, die Sie sonst kennen. Es wird sonst nicht reichen.

Ich politisiere klar in der liberalen Mitte (vgl. Smartvote Spider) und ich bin überzeugt: Ein bürgerlicher Kanton braucht eine bürgerliche Vertretung im Ständerat – und diese kann ich wahrnehmen für uns alle. Die grüne Kandidatin Maya Graf steht klar links (vgl. Smartvote Spider). Sie ist keine Politikerin der Mitte – bitte nehmen Sie sich die



Daniela Schneeberger, Nationalrätin und Ständeratskandidatin

Mühe und schauen Sie einmal die Vorstösse durch, die sie in Bern eingebracht hat.

Das Baselbiet ist mehr als ein Wohnort für mich. Es ist meine Heimat, hier bin ich aufgewachsen, hier führe ich mein KMU und hier habe ich mir

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- 3-8 Baselbieter Freisinn
- 9 Petra Gössis Rückblick auf die Wahlen 2019
- 10 Beat Walti blickt auf die nächste Legislatur
- 11 Legislaturrückblick des Generalsekretärs
- 12 Andrea Caroni: Vorwärtsstrategie Wirtschaft
- 13 Damian Müller:Leistungsbilanz Umweltpolitik
- 14 Fotos aus dem Wahljahr
- 15 Das Team FDP im Wahljahr
- 16 Mit Menschenverstand gegen Food-Waste
- 17 Aufruf zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative
- 18 Christa Markwalder zur Kündigungsinitiative
- 19 Daniela Schneeberger über «Mehr bezahlbare Wohnungen»
- 20 Die Neugewählten
- 23 stellen sich vor

Kantonalteil:

Redaktion Baselbieter Freisinn
FDP Baselland | Postfach 420 | 4410 Liestal
T: 061 927 87 17 | F: 061 921 96 51
E: info@fdp-bl.ch | www.fdp-bl.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06



Liebe Freisinnige

Vieles haben wir in den letzten Monaten richtig gemacht: Unsere Mitglieder und freiwilligen Helferinnen und Helfer haben ein enormes Engagement
an den Tag gelegt, das mich zutiefst beeindruckt
hat. Leider wurde der grosse Einsatz unserer Basis
aber schlecht belohnt – letztlich hat uns der «grüne
Tsunami» am 20. Oktober nicht verschont. Jetzt
nehmen wir uns die Zeit für eine fundierte Analyse.
Einen ersten Rückblick auf den Wahlkampf finden
Sie in diesem «Freisinn».

Als Partei des Fortschritts schauen wir aber vor allem nach vorne: Ich freue mich zum Beispiel sehr, einige neue Gesichter in der FDP-Liberalen Fraktion begrüssen zu dürfen! In dieser Ausgabe stellen sich die neuen Nationalrätinnen und Nationalräte gleich selber vor.

Ständerats-Wahlkampf

Diesen November steigen in verschiedenen Kantonen die zweiten Wahlgänge für die noch offenen Ständeratssitze. Jetzt zählen noch einmal der Wille und das Engagement aller Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in den Kantonen. Ich werde unsere Kandidierenden für den Ständerat persönlich unterstützen und wünsche ihnen viel Kraft und Erfolg.

Liberale Lösungen in allen Themen

Liebe Freisinnige, die FDP ist die Partei der Chancen. Um diese Chancen der Zukunft packen zu können, brauchen wir in allen Themen starke liberale

Lösungen, die wir zusammen erarbeiten. Das hat sich dieses Jahr einmal mehr klar gezeigt. Wir werden unsere Basis stärker einbeziehen. Wie wir bei der Umsetzung unserer freisinnigen Position in der Umwelt- und Klimapolitik unterwegs sind, zeigen wir Ihnen in dieser Ausgabe auf. Zudem präsentieren wir klare Forderungen, um den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken. Denn die Konjunktur schwächelt, unser Land braucht dringend eine Vorwärtsstrategie.

Gehen wir gemeinsam weiter

Vorwärtsgehen wollen wir auch bei der Altersvorsorge, den Gesundheitskosten oder den Bilateralen. Zudem müssen bereits die nächsten schädlichen Initiativen abgewehrt werden, darunter insbesondere die Kündigungsinitiative. Ich bin fest entschlossen, diese Herausforderungen gemeinsam mit Ihnen anzugehen. Die Schweiz braucht jetzt mehr denn je einen starken, lösungsorientierten liberalen Pol. Gehen wir diesen Weg gemeinsam. Gemeinsam kommen wir weiter.

Viel Vergnügen mit der Lektüre wünscht



Ihre Petra Gössi

Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

2. Wahlgang

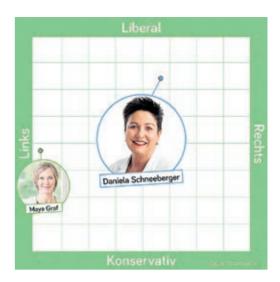
Jetzt erst recht!

Ein Wahlkampf treibt oftmals seltsame Blüten. Nicht nur im Ausland, auch im beschaulichen Baselbiet. Im Kampf um den Ständeratssitz glänzen beide Kandidatinnen mit einem glasklaren Profil. Sie sind in der politischen Landschaft klar zu verorten. Daniela Schneebergers Profil liegt ziemlich genau in der politisch liberalen Mitte. Ihre grüne Gegenkandidatin findet knapp Platz am äussersten linken Rand. Und dies aus Überzeugung. Smart-

vote sei Dank, da lässt sich alles transparent ablesen. Spannend ist, wie die grüne Kandidatin plötzlich versucht, sich ein liberales Mäntelchen umzulegen und Wählenden vorzugaukeln, sie setze sich für freiheitliche Anliegen ein und sei eine «verbindende Konsenspolitikerin». Wie oft in Wahlkämpfen, sieht die gelebte Realität anders aus: Die grüne Gegenkandidatin hat ein fast identisches Smartvote-Profil wie die neue Präsidentin



Medienkonferenz «Daniela Schneeberger in den Ständerat» mit Felix Keller (Fraktionspräsident CVP/glp, Landrat), Saskia Schenker (Parteipräsidentin, Landrätin und 1. Nachrückende), Daniela Schneeberger (Nationalrätin), Sandra Sollberger (Nationalrätin SVP) und Naomi Reichlin (Vize-Präsidentin FDP BL).



der Juso. Diese steht übrigens ein für die Abschaffung des Kapitalismus. Das nur so am Rande. Fair Food, Zersiedelungsinitiative und die Volksinitiative für eine «Grüne Wirtschaft» wurden von der grünen Nationalrätin ebenso lautstark unterstützt wie vom Baselbieter Volk hochkant abgelehnt. Das nennt sich dann im Wahlkampf «fürs Baselbiet». Im Parlamentarierranking der NZZ erreicht die grüne Ständeratskandidatin ein -9,2. Das extremistische Maximum liegt bei – 10,0. Da kann man die Mitte nicht mal mit dem Fernrohr sehen. Der scheidende Ständerat Janiak erreicht eine «moderate» -5.7, Daniela Schneebeger ein +3.9. Im KMU-Ranking des Schweizerischen Gewerbeverbands, an dem die Abstimmungen in den Jahren 2015 bis 2018 analysiert wurden, schafft es die grüne Kandidatin auf Platz 187 von 200. Janiak hat es auf Rang 31 und Daniela Schneeberger auf Rang 12 gebracht. Da erübrigen sich weitere Fragen.

Journalisten scheinen solche Positionierungstatsachen zu wenig wichtig, um darüber gehaltvoll zu berichten. Die freisinnige Nationalrätin ist augenfällig die breiter abgestützte Ständeratskandidatin fürs ganze Baselbiet. Darum liegt es auf der Hand: Am 24. November 2019 gibt es nur eine Wahlsiegerin, sie heisst Daniela Schneeberger.

Michael Herrmann

Wahlkampfleiter Ständeratswahlen

Fortsetzung von Seite 1

meine Sporen als Politikerin abverdient. Nach jeder Session komme ich gerne in meinen Kanton zurück und geniesse die Zeit mit den Menschen, bei Sport-, Musik- oder Dorffesten genauso wie bei einem gemütlichen Feierabenddrink.

Der Wille, etwas bewegen zu wollen, hat meine (Politik-)Laufbahn geprägt. Ich setze mich für den Menschen und als Unternehmerin auch für die Unternehmen mit viel Herzblut ein. Damit wir vor-

wärtskommen, brauchen wir Gestaltungsspielraum, damit Chancen genutzt und Innovationen umgesetzt werden können. Augenmass, Pragmatismus und vor allem keine ideologisch geprägten Zwänge bringen uns weiter, sei es in der Umwelt-, Bildungs- als auch in der Verkehrspolitik. Dafür setze ich mich bereits heute als Nationalrätin aktiv in Bern ein.

Ich bin Parlamentarierin aus Leidenschaft und Baselbieterin aus Überzeugung. Nach 8 Jahren in der grossen Kammer möchte ich das Baselbiet in der kleinen Kammer vertreten. Dafür brauche ich aber jede bürgerliche Stimme.

Bitte sagen Sie nicht «mir wei luege». Zeigen Sie mit mir: Das Baselbiet will eine bürgerliche Ständerätin. Jetzt erst recht, wir geben Gas bis zum 24. November.

Freisinnige Grüsse

Ihre Daniela Schneeberger

Nationalrätin und Ständeratskandidatin

Baselland



Sonntagmittag, 20. Oktober, im Regierungsgebäude: «Frau Schenker, die Grünen scheinen die FDP nach Auszählung der ersten Gemeinden massiv zu

überholen im Baselbiet, was sagen Sie dazu?» Dazu sagte ich gar nichts, denn, es waren erst ca. 20 Gemeinden ausgezählt. Sonntagnachmittag,

Abstimmungsparolen der FDP Baselland für den 24. November 2019

- Ja zum Gegenvorschlag zur nichtformulierten Volksinitiative «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen» (Achtung: Nein zur Initiative!)
- Ja zur Änderung des Steuergesetzes vom 6. Juni 2019 (Steuervorlage 17, SV17)

Nein zum Staatsbeitragsgesetz vom 27. Juni 2019

- Ja zum Gegenvorschlag des Landrats vom 28. Februar 2019 zur (zurückgezogenen) nichtformulierten Volksinitiative «Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern» vom 21. November 2013
- Ja zur Änderung des Bildungsgesetzes vom 27. Juni 2019 (Umsetzung der nichtformulierten Volksinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt» vom 28. April 2016)
- Ja zur Anpassung des Kantonalen Richtplans betreffend Oberwil, Ausbau Langmattstrasse

20. Oktober, ca. um 15 Uhr im Regierungsgebäude bei Telebasel: «Frau Schenker, nach 68 ausgezählten Gemeinden und dem schweizweiten Trend sieht es für die FDP nicht so gut aus, heute - Ihre Meinung?» «Ich kann den Ausgang der Baselbieter Wahlen noch nicht abschätzen, da viele grosse Gemeinden noch nicht ausgezählt sind. Ich bin aber überzeugt davon, dass wir im Baselbiet die Wähleranteile plus/minus halten werden», lautete meine Antwort. Gegen Abend durfte ich die erfreuliche Nachricht entgegennehmen, dass wir an Wähleranteilen zulegten und wir in vier Baselbieter Gemeinden neu stärkste Kraft sind: Arlesheim, Binningen, Bottmingen und Oberwil! Welch grosse Freude! Das motiviert uns auch für die Gemeindewahlen, die im Februar anstehen und für die unsere Sektionen bereits umfassende Vorbereitungsarbeiten leisten - vielen Dank allen Sektionen für Eure gute Vorbereitung der nächsten Wahlen!

Seitens der Parteileitung möchte ich Ihnen allen ganz herzlich für Ihren grossen Einsatz in diesem Wahlkampf danken! Ein besonderes Dankeschön gilt meinen Kolleginnen und Kollegen auf der FDP Liste 1 – es war ein wunderbares Erlebnis, mit Euch zusammen diesen Wahlkampf zu bestreiten! Danke für die super Teamarbeit und für jeden einzelnen starken Wahlkampf! Die FDP Baselland konnte anderen Kantonalparteien der FDP zeigen: Mit grossem Engagement der Basis und einer starken Mobilisierung können Ergebnisse entgegen dem Trend erreicht werden.

Derzeit beschäftigt uns natürlich der 2. Wahlgang für die Ständeratswahlen, wo Daniela Schneeberger einen unglaublichen Schlussspurt für diese nationalen Wahlen hinlegt. Helfen Sie bitte nochmals mit, dass wir es möglich machen können: Den Ständeratssitz gemeinsam mit unseren bürgerlichen Partnern wieder in bürgerliche und vor allem «moderate» Hände zu holen!

Aber auch inhaltlich waren wir politisch aktiv: Unsere Fraktion hat unter Führung unseres Fraktionspräsidenten Andreas Dürr und der Fachkommission Bildung eine Vorstoss-Serie «Bildungsoffensive 2025» eingereicht. Unsere Bildungsdirektorin Monica Gschwind hat in den letzten vier Jahren unzählige Bildungsbaustellen abgebaut und ist daran, die Bildungslandschaft auf die Zukunft auszurichten. Dazu haben wir seitens FDP weitere Anstösse gegeben, die nun im Landrat diskutiert werden. Weiter wird der Parteirat mit unzähligen Vernehmlassungen auf Trab gehalten – ich möchte an dieser Stelle allen Parteiratsmitgliedern herzlich danken, die auch im Trubel der Wahlen mithelfen, dass die FDP fundiert Stellung nehmen kann! Und jetzt heisst es noch einmal «Wollen, wählen, möglich machen!»

Saskia Schenker

Parteipräsidentin und Landrätin

88885 × Danke!

Rückblick auf den Nationalratswahlkampf

Die Nationalratswahlen sind vorbei, und auch wenn jetzt noch der für uns sehr wichtige zweite Wahlgang der Ständeratswahlen bevorsteht, möchte ich die Gelegenheit nutzen, ein Resümee zu ziehen und mich bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken.

Für mich als Wahlkampfleiter steht das gute Ergebnis, welches die FDP BL erzielen konnte, über allem. Wir haben gegenüber den letzten Nationalratswahlen 2015 den Wähleranteil um 0,7 Prozent erhöhen können. Und dies trotz der unerfreulichen Tatsache, dass die FDP schweizweit 0,9 Prozent verloren hat. Auch hier im Kanton Baselland mussten wir im Umfeld einer aufgeheizten Klimadebatte antreten und haben uns beachtlich geschlagen! Das macht mich stolz, und genau dieses positive Gefühl nehme ich aus diesen Wahlen mit.

Der Hauptgrund für unseren Zuwachs ist meiner Meinung nach, dass wir mit einer sehr guten Liste 1 antreten durften. Eine starke Liste 1, die eine ausgewogene Kandidatenauswahl mit profilierten Persönlichkeiten präsentierte und daher überzeugte. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten haben einen intensiven Wahlkampf geführt, sie haben sich über die Wochen unglaublich engagiert, waren präsent und haben sich für die Partei eingesetzt.

Die Liste 1 ist aufgefallen. Es war diese Präsenz, welche entlang der Strassen, an Bahnhöfen, in den öffentlichen Verkehrsmitteln und in den (sozialen) Medien wahrgenommen wurde und für ein Gemeinschaftsgefühl gesorgt hat. «Gemeinsam weiterkommen» war die Devise, und der Wahlsonntag hat gezeigt: Wir sind gemeinsam weitergekommen!

In diesem Wahlkampf haben wir 17 Wahlkampfaktionen in verschiedenen Baselbieter Gemeinden durchgeführt. Wir haben für die Schlussmobilisierung 1550 Spitzbuben der FDP Schweiz verteilt. Freisinnige haben über 90 Leserbriefe für die Liste 1 geschrieben, und unzählige Postkarten mit persönlichen Empfehlungen wurden verschickt. Persönliche Zusprüche, mündliche Empfehlungen und Gespräche mit den Kandidatinnen und Kandidaten konnten kaum gezählt werden, waren aber so unglaublich wertvoll – für die Motivation, aber schlussendlich auch für das Ergebnis am 20. Oktober 2019.

Am Ende ist es uns gelungen, unsere Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Das war unser Ziel und das haben wir erreicht.

Das wäre alles nicht möglich gewesen, wenn wir vom Wahlkampfteam nicht von der Basis unserer Partei derart unterstützt worden wären. Die Zusammenarbeit mit den Sektionen war hervorragend, wir erhielten viel Support, es wurde mitgedacht, orga-



Die Liste 1 packte an. Herbstanlass FDP Bubendorf.

nisiert und engagiert geholfen. Es war immer wieder ermutigend und motivierend zu spüren, wie unsere Anregungen und Vorschläge motiviert umgesetzt wurden. Und für diese Hilfe, dieses engagierte Mitarbeiten möchte ich mich an dieser Stelle im Namen aller Kandidatinnen und Kandidaten und des Wahlkampfteams ganz herzlich bei jedem/jeder Einzelnen bedanken.

Nun ist es mir wichtig, dass wir dieses positive Gefühl in den entscheidenden zweiten Wahlgang im Ständeratswahlkampf mitnehmen können. Dieses Erfolgserlebnis aus dem Nationalratswahlkampf soll uns beflügeln, jetzt erst recht, Daniela Schneeberger zu unterstützen, wo wir können. Es braucht uns jetzt alle und zusammen können wir diesen Wahlkampf gewinnen. Ich bin zuversichtlich, dass wir es schaffen!

Ferdinand Pulver

Wahlkampfleiter Nationalratswahlen



Wahlkampfleiter Ferdinand Pulver verteilt mit Nationalrätin Daniela Schneeberger und Nationalratskandidat der JFBL Lucio Sansano Spitzbuben.



Standaktion im schönen Waldenburgertal

Nr. 4 | 15. November 2019 5

Baselland



Am 24. November 2019 stimmt das Baselbieter Stimmvolk über zwei Bildungsvorlagen ab. Beide Vorlagen wurden vom Landrat ohne Gegenstimme gutgeheissen – ein grossen Erfolg.

Der Kanton Basel-Landschaft führte den Fremdsprachenunterricht gemäss sechskantonalem «Passepartout-Konzept» im Schuljahr 2012/13 ein. Seither ernten die im Fremdsprachenunterricht eingesetzten Lehrmittel lautstarke Kritik. Seit meinem Amtsantritt verfolge ich das Ziel der Lehrmittelfreiheit, die für alle Fächer gelten soll. Die nichtformulierte Volksinitiative «Stopp dem Verheizen von Schüler/-innen: Ausstieg aus dem gescheiterten Passepartout-Fremdsprachenprojekt», die der Landrat im Februar 2018 guthiess, stand diesem Anliegen diametral entgegen. Unter Einbezug einer «Task Force Fremdsprachen», bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern aller involvierten

Gremien, ist es im intensiven Dialog gelungen, die Initiative praxistauglich umzusetzen. Für die Sprachenfächer soll der schrittweise Aufbau von Grammatik, Wortschatz und Orthografie im Bildungsgesetz verankert werden – zusammen mit der Lehrmittelfreiheit für alle Fächer.

Ich bin überzeugt davon, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer mit dem für sie passenden Lehrmittel die beste Leistung erbringen können. Nur eine Lehrperson, die ein Lehrmittel schätzt und dieses im Unterricht auch gerne verwendet, kann ihre Schülerinnen und Schüler motivieren. Dies führt wiederum zu guten Lernerfolgen – was unser oberstes Ziel ist!

Was bedeutet aber Lehrmittelfreiheit: Können die Lehrpersonen jedes erdenkliche Lehrmittel in ihrem Unterricht einsetzen? Nein, denn es handelt sich um eine «geleitete» Lehrmittelfreiheit. Lehrpersonen werden nur Lehrmittel einsetzen können, die auf unserer Lehrmittelliste aufgeführt sind. Dahinter steckt ein wichtiger Qualitätssicherungs-Prozess: Lehrpersonen prüfen ein Lehrmittel in der Praxis - ein geeignetes Lehrmittel muss unter anderem inhaltlich den Lehrplan Volksschule Baselland abbilden, gut aufgebaut sein und die jeweilige Altersgruppe ansprechen. Wird dies bejaht und das Lehrmittel auch von der Lehrmittelkommission für gut befunden, wird ein entsprechender Antrag dem Bildungsrat zum Beschluss vorgelegt. Dies führt im positiven Fall zur Aufnahme auf die Lehrmittelliste. Qualität steht dabei vor Quantität! Im Vordergrund steht der Lehrplan, der die zu erreichenden Ziele am Ende jeder Klasse vorgibt. Dies ist für unsere Schülerinnen und Schüler besonders bei einem Klassenwechsel und beim Übertritt in die nächste Schulstufe zentral. Die geleitete Lehrmittelfreiheit stellt dies sicher.

Doch es gilt noch Weiteres zu beachten: Besonders im digitalen Bereich überschlagen sich die neuen Angebote der Lehrmittelverlage. Dabei gilt es für die Bildungsdirektion, den Spagat zu meistern, neue Entwicklungen nicht zu verschlafen und unseren Qualitätsansprüchen gerecht zu werden. Mit dem neuen Lehrmittelkonzept und der darauf abgestützten Lehrmittelverordnung, die ebenfalls pfannenfertig vorliegen, sind wir gut gerüstet, damit den Schulen qualitativ hochstehende und moderne Lehrmittel zur Verfügung stehen.

Auch der Gegenvorschlag zur nichtformulierten Volksinitiative «Niveaugetrennter Unterricht in Promotionsfächern» mündet in eine Änderung des Bildungsgesetzes. Die Initiative verlangte eine konsequente Trennung des Unterrichts in allen Fächern der Sekundarschule in die Niveaus A (Allgemein), E (Erweitert) und P (Progymnasial). Davon wären auch die Wahlpflichtfächer und der Sport betroffen gewesen. Diese Forderung beurteilte ich als zu weitreichend und formulierte daher einen Gegenvorschlag, worauf die Initiative zurückgezogen wurde. Im Bildungsgesetz und auf Verordnungsstufe wird neu die bisher gelebte Praxis der Schulen abgebildet: Einerseits werden der Grundsatz des niveaugetrennten Unterrichts festgeschrieben und andererseits Ausnahmen ermöglicht. Damit können wir gewährleisten, dass unsere Schülerinnen und Schüler weiterhin aus einem breiten Angebot an Wahlpflichtfächern auswählen können.

Monica Gschwind, Regierungsrätin, Bildungs-, Sport- und Kulturdirektion

Steuervorlage 17 Abstimmung vom 24. November





Am 24. November 2019 stimmt das Baselbieter Stimmvolk über die «Steuervorlage 17» (SV 17) ab. Die Annahme der nationalen Steuervorlage und AHV-Finanzierung STAF am 19. Mai 2019 sowie die Tatsache, dass die EU und internationale Institutionen wie die OECD die privilegierte Besteuerung von Statusgesellschaften in der Schweiz nicht mehr akzeptieren, legten die Grundsteine für die SV 17. Nun gilt es, mit der SV 17 die Reform der Unternehmensbesteuerung im Kanton Baselland umzusetzen.

Ein Ja zur Steuervorlage ist ein Ja für unseren Arbeitsplatzstandort sowie für Forschung und Innovation: Bis 2025 soll der Gewinnsteuersatz effektiv für alle Unternehmen 13,45 Prozent (statt maximal 20,7 Prozent) betragen. Das bedeutet für die internationalen Grosskonzerne eine Steuererhöhung, da sie heute von Steuererleichterungen profitieren. Für unsere lokalen KMU bedeutet die künftige Gleichbehandlung mit den internationalen Grosskonzernen eine Steuererleichterung. Die SV 17 führt zu einer international akzeptierten Besteuerung der Unternehmen und schafft damit Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit. Gleichzeitig positioniert die Vorlage das Baselbiet als attraktiven Wirtschafts- und Wohnkanton. Zudem fördert die SV17 die Innovation im Kanton: Für Forschungs-



und Entwicklungsausgaben können künftig 20 Prozent vom steuerbaren Gewinn abgezogen werden, was entsprechend innovative Unternehmen anzieht.

Ein Ja zur Steuervorlage ist ein Ja für Einkommensschwache und Familien: Mit der SV 17 einher geht auch ein sozialpolitisches Massnahmenpaket. So wird der Umfang der Prämienverbilligung für den ganzen Kanton um 17,4 Millionen Franken pro Jahr erhöht. Dies stärkt Familien mit geringen Einkommen. Zudem wird der Steuerabzug für die Kinderbetreuung pro Familie von 5500 Franken auf 10000 Franken erhöht, was vor allem für berufstätige Mütter und deren Familien eine enorme Entlastung bringt. So lohnt sich Zweitverdienerarbeit, und wir ermöglichen mehr Müttern den Einstieg in den Arbeitsmarkt.

FDP, CVP, SVP, BDP, EVP und glp unterstützen die SV17. Ein Ja zur Steuervorlage ist nicht nur ein Gewinn für den Wirtschaftsstandort Baselland, sondern für uns alle! Umso wichtiger ist es, am 24. November 2019 ein Ja einzulegen – für einen starken Wirtschaftsstandort mit attraktiven Arbeitsplätzen, für die Förderung von Forschung und Innovation sowie für Einkommensschwache und Familien.

Gina Zehnder

Geschäftsführerin FDP BL

Baselland

Abstimmung

Weitere Abstimmungsvorlagen vom 24. November 2019



Nichtformulierte Volksinitiative «Ergänzungsleistungen für Familien mit geringen Einkommen» vom 23. November 2017 mit Gegenvorschlag des Landrats vom 4. April 2019

Nein zur Initiative, Ja zum Gegenvorschlag und bei der Stichfrage den Gegenvorschlag ankreuzen. Dies ist die Position der FDP BL.

Die Initianten möchten Familienarmut reduzieren und entsprechende Ergänzungsleistungen einführen. Seitens FDP haben wir jedoch eine Sozialhilfestrategie verlangt, die zuerst aufzeigt, wo wir im Baselbiet Bedarf für gezielte Unterstützung von Betroffenen haben.

Zurzeit sind beim Regierungsrat eine Armutsund eine Sozialhilfestrategie in Arbeit, die Einfluss auf die Unterstützung von armutsbetroffenen Familien haben. Damit wird auch eine verbesserte Abstimmung der verschiedenen bedarfsabhängigen Leistungen angestrebt. Die FDP findet es deshalb zweckmässig, zuerst die bestehenden Instrumente auf ihre Wirksamkeit und Zweckmässigkeit zu überprüfen und danach zu entscheiden, ob es weitere Instrumente benötigt und wenn ja, welche weiteren Instrumente sinnvoll sind.

Aus diesem Grund lehnten auch der Regierungsrat und der Landrat die Initiative ab. Der nichtformulierte Gegenvorschlag lässt eine zeitliche und inhaltliche Abstimmung zwischen den Ergebnissen der laufenden Arbeiten und der Forderung der Initiative zu. So kann basierend auf den neuen Erkenntnissen festgelegt werden, wie Familien in prekären finanziellen Verhältnissen am besten unterstützt werden können.

Saskia Schenker Landrätin



Staatsbeitragsgesetz vom 27. Juni 2019 – Nein zu einem neuen wirkungslosen Gesetz

Das Staatsbeitragsgesetz will eine Transfersumme von 620 Millionen Franken steuern, die vom Kanton an externe Dienstleister fliessen. Diese Summe ist fast ein Viertel der gesamten Staatsausgaben unseres Kantons. Dass dieser Betrag gesteuert und damit zweckmässig verwendet werden soll ist unbestritten.

Das Gesetz selbst ist leider ein sehr unglücklicher Versuch, sich dieser Sache anzunehmen. Statt dass es die korrekte Ausgestaltung und Führung dieser Leistungsvereinbarungen regelt, räumt das Gesetz praktisch ausschliesslich der Verwaltung Rechte ein und will die Transferausgaben mittels Kontrollen und Strafbestimmungen regeln.

Die FDP-Fraktion war der Meinung, dass das so nicht funktioniert und das Gesetz auch mit Änderungsanträgen nicht verbessert werden kann.

Aus liberaler Sicht kann ein solcher Papiertiger auf gar keinen Fall gutgeheissen werden.

In einer ordentlichen Leistungsvereinbarung ist Auftrag und Entgelt klar geregelt. Sollte ein Leistungserbringer besser oder schlechter wirtschaften, so soll das Sache des Leistungserbringers sein.

Wir sind überzeugt, dass dieses Gesetz die Verwaltung aufblähen würde und die Partnerschaft zwischen Kanton und Leistungserbringern in sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fragen stark belasten würde. Am Ende wäre es dennoch wirkungslos, denn die Kontrollen würden es nicht vermögen, die mangelhaften Leistungsvereinbarungen zu kompensieren.

Stefan Degen

Landrat, Vize-Präsident Finanzkommission



Für eine sinnvolle Verkehrspolitik – Ja zum Ausbau der Langmattstrasse!

Das Leimental wird durch zwei parallel verlaufende Kantonsstrassenachsen und die Tramlinien 10 und 17 in Nord-Süd-Richtung erschlossen. Um die Talseite zu wechseln, stehen zwar in Bottmingen, Oberwil und Therwil drei Kantonsstrassen zur Verfügung, aber alle kreuzen das Tram mit niveaugleichen Übergängen, die mit Barrieren und Lichtsignalanlagen abgesichert sind! Durch das hohe Verkehrsaufkommen und die in den Spitzenstunden häufig geschlossenen Bahnübergänge kommt es in den Ortszentren von Oberwil und Therwil praktisch täglich zu grösseren Stausituationen und auf der kommunalen Ringstrasse in Therwil zu unerwünschtem Ausweichverkehr. Denn diese teilweise mit Tempo 30 durch Wohngebiete verlaufende Gemeindestrasse ist die einzige Talquerung, die das Tram mit einer Unterführung quert.

Mit dem Ausbau der Langmattstrasse um lediglich 260 m kann eine zusätzliche Querspanne gebildet werden, welche die Tramlinie unterquert und damit unabhängig vom Tramverkehr funktioniert. Das Strassennetz wird damit insgesamt stabiler, die Ortszentren von Therwil und Oberwil können entlastet werden. Die zusätzliche Talquerung entlastet die kommunale Ringstrasse in Therwil um etwa zwei Drittel des heutigen Verkehrs! Zudem wird die Erreichbarkeit des Gewerbegebiets Mühlematt erleichtert. Fazit: Mit einer kleinen Massnahme kann eine grosse Verbesserung für die Verkehrsteilnehmer und die Bewohner erzielt werden. Deshalb Ja zur Anpassung des kantonalen Richtplans für den Ausbau der Langmattstrasse!

Thomas Eugster

Landrat



Das Wahlresultat am 20. Oktober war eine Enttäuschung. Der grüne Tsunami hat uns trotz Schärfung unserer liberalen Umweltpolitik nicht verschont und das Engagement unserer Basis leider nicht belohnt. Aber jetzt müssen wir nach vorne schauen — denn in vielen Politikbereichen braucht es liberale Lösungen, gerade auch in der neuen Ausgangslage.

Der Rückgang in Wählerprozenten enttäuscht. Vor allem schmerzen die Sitzverluste. Umso mehr, weil sie liberale Menschen treffen, die sich über Jahre mit Herzblut für unsere Heimat eingesetzt haben. Wir nehmen uns nun die Zeit für eine fundierte Analyse. Bereits jetzt lassen sich jedoch einige Schlüsse ziehen. So zeigt sich, dass eine gute Personalplanung absolut zentral ist. Wir brauchen in allen Kantonen langfriste Nachfolgestrategien mit entsprechenden Ausbildungen und Förderprogrammen. Ebenfalls wichtig sind langfristige Überlegungen zu möglichen Allianzen und Listenverbindungen, die von Kanton zu Kanton unterschiedlich sein können.

Gefreut hat mich das Engagement der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Es wurden Hunderte von Aktionen durchgeführt, und es wurde mit viel Freude und Elan gekämpft. Dieses Basisengagement müssen wir weiter stärken. Es führt nichts daran vorbei, das Wissen und das Engagement unserer Mitglieder aller Ebenen weiter zu fördern und darauf zurückzugreifen.

Wir müssen an unseren Positionen arbeiten

Ein breit diskutiertes Thema in diesem Wahlkampf war die Stärkung unserer Umweltpositionierung im Wahljahr. Ich bin heute mehr denn je der Überzeugung, dass es die richtige Entscheidung war – auch in einem Wahljahr. Es ist heute klar, dass wir damit Schlimmeres verhindert haben. Die Stärkung wird sich in Zukunft noch mehr auszahlen. Ich bin überzeugt, dass wir hier den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Trotzdem, wir müssen uns jetzt grundsätzliche Gedanken machen. Denn die drei letzten nationalen Wahlen haben klargemacht, dass in erster Linie extern diktierte Themen über Erfolg und Nichterfolg bestimmen. Dies zeigt, dass wir an all unseren Positionen konsequent arbeiten und diese weiterentwickeln müssen – damit wir auf alles vorbereitet sind. Wir brauchen in allen Themen starke Lösungen, die sich gegen diejenigen der anderen Parteien durchsetzen. Wir müssen inskünftig in allen Bereichen bereit sein, den Menschen liberale Lösungen offensiv präsentieren zu können. Hier liegt die Verantwortung von uns als Volkspartei. Schliesslich haben wir in den nächsten Jahren gemeinsam grosse Herausforderungen zu stemmen. Ich denke insbesondere an die Altersvorsorge und die Wirtschaftssituation.

Expertise aus der Basis einbeziehen

Dabei müssen wir die Expertise aus unserer Basis miteinbeziehen, wie das beim Themenkomplex Umwelt und Klima geschehen ist. Die Mitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Perspektive und ihre Lösungsvorschläge bezüglich eines Problems einzubringen. Geeignete Gefässe sind zu schaffen, und der Prozess ist zu definieren. Klar ist, dass der ordentliche Prozess der Positionierung erhalten bleiben muss.

Ich möchte mich nochmals ganz herzlich für Ihr Engagement für unsere Partei bedanken. Gerade jetzt braucht es uns mehr denn je!

Petra Gössi

Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Aushlick



Das Wahlergebnis vom 20. Oktober zeigt, dass die Bevölkerung in der nächsten Legislatur Lösungen in der Umwelt- und Klimapolitik erwartet. Die FDP steht zu den ambitiösen Zielen – doch wer glaubt, das sei das einzige drängende Problem, irrt sich. Es braucht v. a. auch in der Europapolitik, bei der Rentenreform und in der Steuerpolitik liberale, freisinnige Lösungen zugunsten einer fortschrittlichen und zukunftsfähigen Schweiz. Auch in der 51. Legislatur wird die FDP auf die Kraft des Wettbewerbs setzen und rot-grüne Planwirtschaft und Bevormundung ebenso bekämpfen wie konservative Abschottung.

Der Ausgang der eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober war für die FDP ein Ausrufezeichen und ein Auftrag zugleich. In der kommenden Legislatur wird es absolut zentral sein, eine rot-grüne Politik der Bevormundung und Verbote zu verhindern. Die FDP wird im Zeichen des Fortschrittes weiterhin je nach Dossier und Vorlage mit unterschiedlichen Partnern Mehrheiten suchen, um die Schweiz weiter vorwärtszubringen.

Europapolitik: Sicherung des bilateralen Wegs

Das Europadossier wird die Bundespolitik in der neuen Legislaturperiode weiter intensiv beschäftigen. Einerseits gilt es, die brandgefährliche Kündigungsinitiative konsequent zu bekämpfen, weil sie das Ende des erfolgreichen bilateralen Weges bedeuten würde. Andererseits muss das zukünftige Verhältnis zur EU geklärt werden: Das Rahmenabkommen ist nötig, um den Zugang zum EU-Bin-

nenmarkt langfristig zu sichern und zu entwickeln. Aus Sicht der FDP ist das Verhandlungsergebnis im Grundsatz gut. Der Bundesrat muss aber weitere Konkretisierungen anbringen, wo der Vertragstext zu viel Interpretationsspielraum lässt.

Ehrliche Reform der Altersvorsorge

Wenn sich das Parlament zu Beginn der neuen Legislatur über die Reform AHV21 beugt, darf nicht erneut eine Ausbau-Vorlage entstehen, die später vom Volk abgelehnt wird. Wichtig ist, dass die Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre mit Augenmass festgelegt werden und die Einsparungen nicht gleich wieder zunichtemachen. Die Reform muss möglichst rasch in Kraft treten, damit die Finanzierung der AHV für die kommenden Jahre gesichert ist. Die langfristige Stabilisierung über eine strukturelle Reform ist ebenfalls in der nächsten Legislatur aufzugleisen. Zudem ist die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt in der zweiten Säule einzudämmen.

Attraktives steuerliches Umfeld

Kaum ist mit der STAF17 die Reform der Unternehmensbesteuerung gelungen, ziehen bereits wieder dunkle Wolken am Horizont auf. So plant die OECD eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft, welche u.a. eine internationale Mindestbesteuerung von Unternehmen bewirken soll. Um vorzusorgen und konkurrenzfähig zu bleiben, muss die Schweiz bestehende steuerliche Wettbewerbsnachteile abbauen. Ich denke dabei etwa an die angekündigte Reform der Verrechnungssteuer und die Abschaffung der Stempelabgaben. Der berechtigte Feldzug gegen die «Heiratsstrafe» kann nur mit der Individualbesteuerung erfolgreich abgeschlossen werden. Der Kampf gegen die 99-Prozent-Initiative der JUSO bietet die Chance, die extreme Progression der Besteuerung zu thematisieren.

Freisinnige Lösungen für Energie und Umwelt

Nachdem der Ständerat in der Herbstsession 2019 den Weg für einen tragfähigen Kompromiss bei der Totalrevision des CO₂-Gesetzes vorgespurt hat, liegt der Ball jetzt bei der grossen Kammer, um gezielte Verbesserungen an der Vorlage vorzunehmen. Es braucht Massnahmen im In- und Ausland, die auf Fortschritt, Eigenverantwortung und Kostenwahrheit setzen. Wir werden uns dabei auch weiterhin am freisinnigen Positionspapier zur Umwelt- und Klimapolitik orientieren. Zudem muss endlich die vollständige Strommarktöffnung in die Wege geleitet werden, um u.a. die Versorgungssicherheit zu sichern.

Beat Walti

Nationalrat, Fraktionspräsident

Ein gutes Team: Die FDP-Liberale Fraktion (hier noch vor den Wahlen) und die Mitarbeiter des Generalsekretariats



Die Struktur der Partei in Vollbelastung

Eine äusserst intensive Legislatur liegt hinter der Partei. Nicht nur politisch, sondern auch in der Parteistruktur wurden wichtige Weichen gestellt. Ein breites Fundament für die nächsten Jahre ist gelegt.

Wohl kaum eine andere Partei hatte in der vergangenen Legislatur so viele Grossprojekte zu bewältigen. Insbesondere drei Ereignisse waren für die Partei wichtige Weichenstellungen: Der Wechsel des Parteipräsidiums, wo Petra Gössi das Zepter von Philipp Müller übernahm. Dann der Rücktritt von alt Bundesrat Didier Burkhalter 2017 und der Prozess bis zur Wahl von Bundesrat Ignazio Cassis sowie schliesslich, nur ein Jahr später, der Rücktritt von alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann und die Wahl von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Planung, Organisation und Durchführung dieser aussergewöhnlichen Ereignisse waren eine grosse Herausforderung für die Parteistrukturen, insbesondere auch für das Generalsekretariat.

Im Laufe der Legislatur hat das «GS» als politische Stabs- und administrative Zentralstelle der Partei eine umfangreiche Reorganisation erfahren, um noch schlagkräftiger zu werden. Als Beispiel dient die Professionalisierung der Parteianlässe: Wir haben unter anderem 15 Delegiertenversammlungen, 2 Parteitage, 4 Fraktionsseminare, 1 nationaler Wandertag, 1 Jubiläumswochenende und 1 Wahlkampfcamp erfolgreich gestemmt. Von Anlass zu Anlass haben wir weiteroptimiert und jedes

Mal ein höheres Niveau erreicht. Daneben nahmen wir wichtige Investitionen und Entwicklungen im digitalen Bereich vor, die für die langfristige Arbeit der Partei zentral sind.

Alle Bereiche des Generalsekretariates gefordert

Die FDP ging zudem aus 31 von 33 Volksabstimmungen als Siegerin hervor. Das zeigt, wie nah der Freisinn an den Menschen politisiert. Es zeigt aber auch, dass das Kampagnenteam der Partei hervorragende Arbeit leistet. In besonderer Erinnerung bleiben mir Vorlagen wie die Durchsetzungs-Initiative, die Altersvorsorge 2020, die Selbstbestimmungs-Initiative, die AHV-Steuervorlage STAF – aber auch die verlorene Unternehmenssteuer-Reform III.

Auch auf inhaltlicher Ebene haben wir viel erreicht, etwa durch wichtige Positionspapiere. Besonders hervorzuheben sind hier die Vorwärtsstra-

tegie Wirtschaft, das Europapapier und natürlich unsere Position für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik. Oft liefen solche inhaltlichen Projekte parallel zu anderen Grossprojekten wie Bundesratswahlen oder eidgenössische Wahlen und Abstimmungen.

Gute Ausgangslage für die Zukunft

Zwar können wir mit dem Resultat der Wahlen nicht zufrieden sein – der riesige Einsatz der Basis und der Partei wurde schlecht belohnt. Nichtsdestotrotz konnten wir Schlimmeres abwenden, auch dank vieler innovativer Kampagnenmassnahmen: So setzte die FDP als erste Schweizer Partei auf einen systematischen, datengestützten Tür-zu-Tür-Wahlkampf und führte eine Onlinekampagne durch, die die Schweiz noch nie gesehen hat. Der Wahlkampf der FDP – gerade die Basismobilisierung – hat für die Schweiz neue Massstäbe gesetzt.

Hinter uns liegt eine unheimlich intensive und anstrengende Legislatur. Eine Legislatur, die auch das «GS» an die strukturellen Grenzen gebracht hat. Die vollständige Wirkung der Arbeiten und Innovationen wird aber erst in einigen Jahren sichtbar. Darauf dürfen wir uns freuen.

Samuel Lanz

Generalsekretär FDP.Die Liberalen

«Die volle Wirkung der Innovationen wird erst in einigen Jahren sichtbar.»

Wirtschaftspolitik



Die Lage der Wirtschaft in der Welt, in Europa und in der Schweiz verdüstert sich. Entwicklungen wie der US-chinesische Handelsstreit, eine mögliche Rezession in Deutschland oder erodierende Beziehungen zur EU können die offene und exportorientierte Schweiz empfindlich treffen. Darum ist es höchste Zeit für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik zum Nutzen aller.

Heute ist die Arbeitslosigkeit tief, der Wohlstand breit verteilt und die Chancenvielfalt gross. Das ist jedoch nicht selbstverständlich, sondern das Resultat von langer, harter Arbeit und weitsichtigen Entscheiden. Doch darauf können wir uns nicht ausruhen, denn die wirtschaftspolitischen Zeichen verdüstern sich. Wir müssen optimale Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen in ihren Entscheidungen möglichst frei sind, gute berufliche Perspektiven haben und weder von hohen Steuern noch einer übermässigen Paragrafenflut gegängelt werden. Wir müssen jetzt handeln und wichtige Reformen anpacken, bevor es zu spät ist. Darum

haben wir am 22. August 2019 eine Vorwärtsstrategie präsentiert. Eine Auswahl unserer Forderungen finden Sie hier, zum vollständigen Papier gelangen Sie über unsere Website oder indem Sie das Bild mit der XTEND-App scannen.

- Wir müssen den Unternehmen Innovation erlauben und sie nicht in unnötige bürokratische Kämpfe verwickeln. Der Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer z.B. ist lange überfällig.
- Als Hochtechnologieland braucht die Schweiz genügend gut qualifizierte Fachkräfte – aus dem In- wie dem Ausland. Darum fordern wir bei-

spielsweise ein Start-up-Visum für die Techszene.

- Liberale Rahmenbedingungen im Inland fördern einerseits die Binnen- und die Exportwirtschaft und machen die Schweiz andererseits attraktiv für Investitionen und neue Arbeitsplätze aus dem Ausland. Darum sind wir etwa gegen Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen.
- Der **Zugang zum EU-Binnenmarkt** nützt uns und muss langfristig abgesichert werden. Gleichzeitig ist das Netz der Freihandelspartnerschaften ausserhalb der EU zu stärken.
- Wir fordern eine langfristige Steuerstrategie der Schweiz: Die Höhe muss für alle verhältnismässig sein, und Steuereinnahmen sind mit attraktiven Bedingungen am Standort Schweiz zu sichern. Zudem muss das Steuersystem einfach sein und darf Leistungswillen nicht bestrafen.
- Unser exzellenter Forschungs- und Innovationsplatz hängt zu einem grossen Teil von der Teilnahme an den EU-Forschungsrahmenprojekten ab. Das wollen wir weiterführen. Gleichzeitig sind mehr Kooperationen mit führenden Forschungsstaaten ausserhalb von Europa anzustreben.
- Wir brauchen eine **Finanzplatzregulierung**, welche zwar die Risiken eliminiert, nicht aber gleich den ganzen Finanzsektor mit dazu.

Die zuständigen Bundesräte und das Parlament sind in der Verantwortung, die zurzeit noch gute Ausgangslage durch eine aktive Strategie gezielt zu stärken und Wettbewerbsnachteile abzuschaffen. Statt gemeinsam vorwärtszuschreiten, fordern jedoch gewisse Kräfte mehr Regulierung und Ausgaben. Andere Kräfte treiben ihre Politik der Abschottung voran. Dies können wir uns nicht erlauben, denn die Wirtschaft braucht liberale Rahmenbedingungen.

Andrea Caroni, Ständerat AR



Umweltpolitik



Die FDP hat Anfang Jahr das Versprechen abgegeben, ihre Umwelt- und Klimapolitik zu stärken. Aus der Beratung des CO_2 -Gesetzes im Ständerat und anhand der eingereichten und teilweise bereits angenommenen Vorstösse wird klar, dass wir unser Versprechen gehalten haben und die Umsetzung des Positionspapiers in vollem Gang ist. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Für die FDP ist klar, dass wir gegenüber den nachfolgenden Generationen eine Verantwortung tragen. Nichtstun ist keine Option! Unter Einbezug unserer Basis sowie sämtlicher Parteigremien wurde innert wenigen Monaten eine starke, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erarbeitet, die sich an den liberalen Prinzipien Eigenverantwortung, Innovation und Kostenwahrheit orientiert und von den Delegierten am 22. Juni sehr klar bestätigt wurde.

Gegen Verbotspolitik und Verweigerungshaltung

Im Gegensatz zu anderen Parteien orientiert sich die umweltpolitische Position der FDP an einem umfassenden Begriff der Nachhaltigkeit, ist also ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig. Nur so lassen sich echte Fortschritte erzielen. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir vermutlich die erste Generation sind, die den Klimawandel im Alltag tatsächlich spürt, und gleichzeitig auch die letzte Generation, die tatsächlich wirksame Massnahmen gegen den Treibhausgasanstieg ergreifen kann. Ob im neu-

en CO₂-Gesetz oder mit den bereits eingereichten Vorstössen, wir setzen auf einen ausgeklügelten Massnahmenmix, der diejenigen profitieren lässt, die sich für den Klimaschutz einsetzen.

Totalrevision CO₂-Gesetz

Das vom Ständerat verabschiedete CO2-Gesetz ermöglicht die konforme Umsetzung der Pariser Klimaziele. Die Rückmeldungen unserer Basis und die Erarbeitung des Positionspapiers waren für die Vertreter der FDP eine zentrale Stütze. Unter unserer Federführung konnten wir im Ständerat diverse Massnahmen beschliessen, an denen sich die Wirtschaft, der Gebäudesektor und der Verkehr orientieren können. Auch wenn in der weiteren Detailberatung durchaus noch Korrekturen möglich und nötig sind, ist der Gesetzesentwurf bereits jetzt ziemlich ausgewogen. Gemäss dem liberalen Grundgedanken kann jeder Mensch selbst entscheiden, ob er sich klimafreundlich verhalten will oder nicht. Sowohl bei der Mobilität als auch bei Heizungen gilt: Nichts wird verboten, aber wer sich sparsam und ökologisch verhält, schont den Geldbeutel. Das gilt speziell für die neu eingeführte Flugticketabgabe. Denn ein Grossteil wird wieder an die Bevölkerung zurückverteilt. Aus dem Klimafonds werden Mittel für Massnahmen zur langfristigen Verminderung der CO2-Emissionen von Gebäuden, im Luftverkehr und für Klimainnovationen in der Schweiz und weltweit verwendet.

Weitere Massnahmen

Die FDP hat neben dem Fokus auf die Beratung des CO2-Gesetzes zahlreiche Forderungen des Positionspapiers mit über 30 Vorstössen in den politischen Prozess geschickt (siehe die Forderungen der FDP auf unserer Homepage). Die Fraktion fordert den Bundesrat auf, das Potenzial von Fernwärmeund Fernkälteanlagen aus erneuerbaren Energien zur Reduktion von CO2-Emissionen und zur Sicherung der Energieversorgung aufzuzeigen. Ein weiterer Vorstoss regt die Schaffung von Pilotregionen im Strassenverkehr an, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen. Ebenso soll die Finanzbranche neue Anreize erhalten, um nachhaltige Anlagen zu fördern. Es tut sich also einiges - wir halten, was wir versprechen! Die FDP nimmt ihre Rolle ernst und wird diesen Weg weitergehen. Denn es braucht auch in der Umwelt- und Klimapolitik griffige, freisinnige Lösungen, wenn wir nicht in einer Welt voller Verbote und Bevormundung landen wollen.

Damian Müller, Ständerat LU

«Nichts wird verboten, aber wer sich sparsam und ökologisch verhält, schont den Geldbeutel.»

Blick zurück

Aus dem Fotoalbum der FDP

Das war das Wahljahr 2019

Es war lang und intensiv, das Wahljahr 2019. Wir präsentieren Ihnen einige der besten Schnappschüsse.



 $\label{lem:continuous} \mbox{Ein grosser Erfolg im heissen Sommer: Die FDP-Sonnencreme-Aktion - damit Du kein Roter wirst.}$



Das 125-Jahr-Jubiläum der FDP wurde am 2. Februar gleich am Gründungsort, dem Bahnhofbuffet Olten, gefeiert.



Ballonfahren ist Teamarbeit.



Motivierte Nationalratskandidatinnen und -kandidaten am Tag der FDP in Aarau am 31. August.



Die Guerilla-Aktion «Neuland», die dem Thema Digitalisierung gewidmet war, erregte schweizweit Aufmerksamkeit.



Der FDP-Messestand mitsamt VR-Brillen und blauer Zuckerwatte fand überall in der Schweiz viel Anklang.



Die Schweiz will: Petra Gössi während ihrer Rede am Tag der FDP in Aarau.

Impressionen aus unserer Basis

Team FDP – gemeinsam weiterkommen

Das Team FDP ist eine Erfolgsgeschichte. Anfang des Jahres 2019 lanciert, hat sich die Basismobilisierung rasch und stark entwickelt. Das Team FDP bleibt auch nach den Wahlen aktiv und wird die Botschaft der FDP weiter an die Menschen in der ganzen Schweiz tragen. Wir zeigen einige Impressionen aus dem Wahljahr.

Im Team FDP haben alle Freisinnigen die Möglichkeit, ihre individuellen Fähigkeiten noch besser einzubringen. Das Team FDP hat sich im Wahljahr bewährt und soll weiter wachsen – werden Sie ein Teil davon, es gibt noch viel zu tun:

https://www.teamfdp.ch/macht_mit



Das Engagement im Team FDP war breit: Es wurden Sonnencremes verteilt ...



... oder Spitzbuben unter die Leute gebracht ...



... mehrmals mit dem Team FDP unterwegs war auch Petra Gössi.



Ausserdem entstand der Digitalisierungs-Podcast «Abenteuer Fortschritt» ...



... Plakate wurden angebracht ...



... Sportanlässe im Team absolviert ...



 \dots und natürlich gingen rund 1000 Freiwillige von Tür zu Tür \dots



... um mit den Menschen zu sprechen und sie zu mobilisieren.

Folgen Sie dem Team FDP hier:



@teamFDPSchweiz



@teamFDPSchweiz



@teamfdp_schweiz

Regulierung und Bürokratie

Von links: Jobst Wagner, SD21, Beat Brechbühl, Initiant 5 vor 12, Christian Siegenthaler und Andreas Gerber, SVC-Präsident, bei der Preisverleihung im Berner Rathaus. (PPR/Manuel Lopez)



Als Praktikant bei der FDP Schweiz setze ich mich täglich für einen schlanken Staat ein. Und so weiss ich: Um Missstände zu korrigieren, braucht es nicht unbedingt neue Regulierung – manchmal reicht eine Portion gesunder Menschenverstand anstelle von Paragrafen völlig aus. Zum Beispiel sollen Lebensmittel auch nach Überschreitung des Mindesthaltbarkeitsdatums verkauft werden können. Mit dieser Idee konnte ich die zweite Ausgabe des Wettbewerbs «5 vor 12 – Preis für schlaue De-Regulierung» gewinnen.

Würden Sie jeden Tag 5 Tafeln Schokolade wegwerfen? Bestimmt nicht, oder? Doch Herr und Frau Schweizer produzieren pro Jahr 190 Kilogramm «Food-Waste» – rund 500 Gramm pro Tag. Die 2,6 Millionen Tonnen im Abfall statt auf dem Teller landenden Lebensmittel fallen zwischen Produktion und dem privaten Konsum an. Dazu zählen also auch die krummen Rüebli, die nicht verkauft werden dürfen. Doch auch schafft es ein Produkt bis ins Regal, hat es eine befristete Lebenszeit: das Mindesthaltsbarkeitsdatum, kurz MHD. Heute ist es so, dass nach Überschreitung des MHD Lebensmittel vergärt, kompostiert oder verbrannt werden müssen.

Eigenverantwortung wird gestärkt

Hier setzt meine Deregulierung an. Die Eigenverantwortung der Bevölkerung wird gestärkt und gleichzeitig die Beziehung zu Lebensmittel hinterfragt, so intelligenter mit unseren Ressourcen umgegangen und zu guter Letzt spart auch die Wirtschaft Geld.

Grossverteiler sollen die Möglichkeit haben, in einem gekennzeichneten Bereich der Verkaufsfläche Lebensmittel, die das MHD überschritten haben, weiterverkaufen zu können. Frische Lebensmittel wie Eier, Fisch oder Fleisch mit einem gesundheitsschädigenden Risiko sind davon ausgenommen. Teigwaren, Dosenravioli oder Tiefkühlkost sind dagegen auch einige Tage, Wochen oder gar Monate nach Überschreitung des MHD einwandfrei geniessbar.

Es lohnt sich auch für Grossverteiler

Das MHD bedeutet nicht, dass ein Lebensmittel am Tag X+1 giftig ist! Es ist an der Zeit, der Bevölkerung mit neuen Konzepten und Ansätzen auch in diesem Bereich die Eigenverantwortung zurückzugeben und sie selber entscheiden zu lassen, ob die tiefgekühlten Erbsli oder die Banane noch geniessbar sind. Auch für die Grossverteiler, sprich die Wirtschaft, lohnt sich diese Deregulierung. Sie spart jährlich 500 Millionen Franken für die Entsorgung und Vernichtung der Lebensmittel. Mit meinem Vorschlag werden die Lebensmittel auch nicht verschenkt, sondern zu kostendeckenden Preisen verkauft.

Eine wichtige Frage ist natürlich auch: Besteht seitens Konsumenten überhaupt eine Nachfrage nach diesem Angebot?

Ich kann dies doppelt bejahen. Einerseits durch das «Containern», das Sammeln von Lebensmitteln aus Containern bei Supermärkten. Leute, die es betreiben, bewegen sich in einer Grauzone. Müssen sie, um zu den Containern zu gelangen, ein Schloss aufbrechen oder einen Zaun überwinden, droht ihnen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs oder Sachbeschädigung. Durch meinen Vorschlag wird die Illegalität aufgehoben. Das zweite Argument ist der grüne Tsunami vom 20. Oktober. Die Leute in der Schweiz wollen sich nachhaltiger um unsere Ressourcen kümmern. Dann ist es auch bei den Lebensmitteln Pflicht!

Mein Vorschlag ist eine Deregulierung, die das verantwortungsvolle Handeln der einzelnen Bürgerinnen und Bürger fördert, Food-Waste verhindert, die Wirtschaft entlastet und unsere natürlichen Ressourcen schont.

Christian Siegenthaler, Praktikant Kampagnen, Generalsekretariat FDP.Die Liberalen



Christian Siegenthaler bei der Präsentation seiner Idee. Der nationale Ideenwettbewerb wurde 2019 zum zweiten Mal durchgeführt.

Ständerat: Auf zum 2. Wahlgang!

Gemeinsam weiterkommen.





Unternehmens-Verantwortungs-Initiative

Bürokratie-Monster und Haftungskatastrophe für KMU!

Die sogenannte Konzern-Initiative ist ein gefährlicher Etikettenschwindel für KMU. Denn die Folgen treffen die KMU mit voller Wucht. Neue Haftungsregeln und unklare, weitgehende Anforderungen an die Sorgfalts- prüfung erzwingen einen bürokratischen Kontrollapparat. Auch können KMU für Vorkommnisse bei Zulieferern im In- und Ausland zur Kasse gebeten werden.

Die KMU sind unverhältnismässig stark von der linken Initiative betroffen:



KMU haften nicht nur für ihre eigenen Aktivitäten, sondern auch für Verfehlungen von selbstständigen Zulieferern - sogar ohne eigenes Verschulden.



Grossunternehmen werden die neuen Auflagen und ihr grosses Haftungsrisiko vertraglich an ihre Lieferanten weitergeben. Für KMU führt dies zu umfassenden Sorgfalts- und Kontrollpflichten.



Die umfangreichen Aufsichtspflichten für Lieferanten, Unterlieferanten und Geschäftspartner im In- und Ausland führen zu einem riesigen Mehraufwand. Das zwingt KMU zu einem teuren Kontrollapparat mit schwerfälligen Compliance-Prozessen.



Alle Unternehmen können sich bei einer Klage nur von der Haftung befreien, wenn sie ihre Sorgfalt jederzeit lückenlos nachweisen können. Kein anderes Land kennt solche Bestimmungen zum Nachteil ihrer

stopp-kontrollwahnsinn.ch

Sind <u>Sie</u> betroffen?

Jetzt mit uns Kontakt aufnehmen: kmu@stopp-kontrollwahnsinn.ch

Position Bundesrat und Wirtschaft

Die Landesregierung teilt grundsätlich die Ziele betreffend Umwelt- und Menschenrechte, lehnt die Initiative aber ab. Die weltweit beispiellosen Haftungsnormen gehen zu weit. Sie schaden dem Werkplatz und machen unsere Unternehmen erpressbar.

Auch die Wirtschaftsverbände lehnen die extreme Volksinitiative ab:

- economiesuisse
- scienceindustries
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
- Swissmem

Abstimmungen



Im Mai stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Die Absicht der Initianten ist klar: eine politische und wirtschaftliche Abschottung der Schweiz. Diesen erneuten Angriff auf den stark vernetzten Werk- und Forschungsplatz Schweiz müssen wir abwehren!

Die Initiative stellt zwei klare Forderungen: Die Beendigung der Personenfreizügigkeit mit der EU und den Efta-Ländern sowie ein dauerhaftes Verbot für den Abschluss vergleichbarer Freizügigkeitsabkommen. Dies hätte für unseren Wohlstand erhebliche negative Auswirkungen. Denn es geht nicht nur um die Personenfreizügigkeit: Kann der Bundesrat diese nicht innerhalb von 12 Monaten auf dem Verhandlungsweg ausser Kraft setzen,

muss er das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU innerhalb von 30 Tagen künden. Durch die Guillotineklausel fallen sechs Monate später alle sieben Abkommen der Bilateralen I dahin. Eine Lösung mit Brüssel scheint angesichts der europäischen Grosswetterlage und des Brexit-Chaos unrealistisch.

Der Wegfall der gesamten Bilateralen I mit unseren wichtigsten Handelspartnern würde die

Schweiz hart treffen. Im Handel mit der EU verdienen wir mehr als jeden zweiten Franken. Rund eine Million Jobs hängen direkt oder indirekt vom Zugang zum europäischen Binnenmarkt ab. Mit den Bilateralen I würden wir einen bedeutenden Standortvorteil zu Grabe tragen.

Schädlich und nutzlos

Die Initiative löst auch die eigentlichen Herausforderungen im Bereich Zuwanderung nicht. Diese liegen im Asyl- und teilweise im Drittstaatenbereich, nicht aber bei den in der Regel gut qualifizierten Zuwanderern aus der EU. Die EU-Zuwanderung hat sich jedoch seit 2013 mehr als halbiert und lag 2018 bei 31 000 Personen. Für das Jahr 2019 zeichnet sich eine noch tiefere Zahl ab. Nicht die von der SVP vorgeschlagene staatliche Lenkung hat die Zuwanderung in den letzten Jahren reduziert, sondern die positive wirtschaftliche Entwicklung Europas, insbesondere Deutschlands. Je besser die Schweizer Wirtschaft läuft, umso mehr Fachkräfte zieht sie an. Wenn aber trotz guter Konjunktur weniger Fachkräfte in die Schweiz kommen, heisst das: Der Wettbewerb wird härter. Bürokratische Zulassungsverfahren für Fachkräfte aus Drittstaaten oder restriktive EU-Kontingente, wie von der SVP verlangt, sind dann ein Bremsklotz für die Entwicklung des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Schweiz.

Keine Verdrängung

Die SVP versucht, die Initiative zu emotionalisieren und Ängste um Arbeitsplätze in der Bevölkerung zu schüren. Der jährliche Beobachtungsbericht des Staatsekretariats für Wirtschaft stellte bisher jedoch keine Verdrängung von Inländern auf dem Arbeitsmarkt durch Zuwanderer fest. Nach fast zwei Jahrzehnten Personenfreizügigkeit hat die bereits hohe Beschäftigung sowohl für Schweizer wie auch für die Zuwanderer noch weiter zugenommen. Vom Beschäftigungswachstum haben weitgehend alle Kantone und Regionen profitiert.

Der wichtigste Faktor für sichere Arbeitsplätze in unserem Land sind letztlich gute wirtschaftsund handelspolitische Rahmenbedingungen. Deshalb sind die Bilateralen I, die uns den barrierefreien Zugang zum EU-Binnenmarkt garantieren, von enormem Wert. Wir sind auf diesen grossen Markt vor unserer Haustür angewiesen. Fällt dieser Zugang weg, hat dies unweigerlich massiv negative Konsequenzen für die Arbeitsplätze in unserem Land. Kurzum: Die Kündigungsinitiative der SVP löst keine Probleme, schafft aber schwerwiegende neue! Getrauen wir uns deshalb, dieser gefährlichen Initiative mutig entgegenzutreten, die Fakten sind auf unserer Seite.

Christa Markwalder

Nationalrätin BE

Abstimmungen



Die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will Mietwohnungen staatlich fördern und damit die Marktpreise erhöhen: 10 Prozent der Neubauten sollen gemeinnützig sein. Dafür will sie unter anderem eine landesweite Mindestquote an gemeinnützigen Wohnungen in die Bundesverfassung setzen. Die geforderten Markteingriffe sind jedoch weder nötig noch realistisch.

Der Marktanteil gemeinnütziger Wohnbauträger bei neugebauten Wohnungen beträgt heute schweizweit knapp 5 Prozent. Die Initianten wollen Bund und Kantone verpflichten, diesen Anteil auf mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Die Initiative ist mit den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Wohnungsversorgung nicht vereinbar, denn sie führt letztlich dazu, dass Wohnungen knapper werden und die Preise für Wohnungen steigen.

Um die verlangte Quote zu erreichen, müsste die staatliche Förderung stark ausgebaut werden. Das heisst, der Staat müsste selbst anfangen, entweder Wohnungen zu bauen oder zu kaufen. Damit wird der private Markt knapper, und die Preise steigen. Eigentlich wollen die Initianten ja erschwinglichen Wohnraum erzielen – aber der Effekt dieser gut ge-

meinten und falsch gemachten Lösung ist das Gegenteil: Für alle privaten Wohnungen verknappt sich der Markt, und dies öffnet die Türe für Spekulationen und Preistreiberei.

Staatlicher Wohnungsbau verknappt den Markt

Mit der 10-Prozent-Quote staatlichen Wohnens müssten bei gleichbleibender privater Bautätigkeit in der ganzen Schweiz jährlich mehr als doppelt so viele gemeinnützige Wohnungen erstellt werden. Die Quote in der Verfassung zwänge den Bund, in den Bau von gemeinnützigen Wohnungen zu investieren, obwohl gar kein Bedarf besteht: In der Schweiz sind die Leerstände so hoch wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. 75 323 Wohnungen standen am 1. Juni 2019 leer. In manchen Regionen erhält man sogar mietfreies Wohnen für mehrere Monate.

Bundesamt für Wohnungsbau konkurriert mit Kantonen

Zwar ist die Nachfrage nach Wohnungen in den grossen Städten Zürich, Basel, Genf, Lausanne und Bern nach wie vor sehr hoch. Allerdings betreiben gerade diese Städte heute ihre eigene Politik zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Eine Lösung aus Bern würde diese eigenständigen und föderalen Lösungen konkurrenzieren. Überdies ist es offensichtlich, dass die kantonalen Behörden die Verhältnisse vor Ort viel besser kennen, als die Bundesstellen.

Private Bauherrn müssen zurückstehen

Um das private Bauen so zu steuern, dass der Bund genügend Bauen kann, müsste der Bund über enorme staatliche Eingriffe am Markt intervenieren. Der Bund könnte zum Beispiel über Kontingente festlegen, welche Bauträger jährlich wie viele Wohnungen bauen dürfen. Oder er könnte durch Baubeschränkungen privaten Wohnungsbau gezielt verhindern und die Quote staatlicher Wohnungen so ohne jegliche Bautätigkeit steigern. Allein diese Gedankenspiele zeigen, wie unpassend eine solche Initiative wäre.

Grundlagenirrtum: Staatliche Wohnungen sind nicht billig

Die Initianten sitzen einem Grundlagenirrtum auf: Sie gehen davon aus, dass preisgünstige Wohnungen ausschliesslich durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden. Dabei verkennen sie, dass auch private Investoren günstige Wohnungen bauen können – und dabei noch innovativ sind. Heute ist doch klar: Den Wohnungssuchenden ist mit einem gesunden Markt und einem guten Angebot am besten gedient. Wird Bautätigkeit gefördert und Vermieten attraktiv, wird automatisch in diesen Markt investiert. Subventionen, Regulierungen und Beschränkungen setzen aber genau die falschen Anreize und verteuern es, Wohnungen zu bauen.

Daniela Schneeberger

Nationalrätin BL

«Ziel ist erschwinglicher Wohnraum – die Initiative erreicht das Gegenteil.»

Die Neugewählten stellen sich vor

Damien Cottier

«Emploi, Europe, Environnement»

Nach den eidgenössischen Wahlen dürfen wir einige neue Gesichter im Nationalrat begrüssen. Die Neugewählten stellen sich Ihnen gleich selber vor. Den Anfang macht Damien Cottier (44) aus dem Kanton Neuenburg.

Die Bürgerinnen und Bürger von Neuenburg haben mich am 20. Oktober in den Nationalrat gewählt, was mich sehr ehrt. Gerne werde ich mich von ganzem Herzen für die Verteidigung liberaler Werte im Parlament einsetzen. Ich darf zu einer Fraktion stossen, die ich ziemlich gut kenne: Nach 15 Jahren Tätigkeit auf kantonaler Ebene (insbesondere als Grossrat und Fraktionschef) hatte ich in den letzten zehn Jahren regelmässig mit der FDP-Fraktion zu tun, zuerst als Kommunikations-Chef der FDP Schweiz, danach acht Jahre als persönlicher Mitarbeiter von alt Bundesrat Didier Burkhalter.

Meine politischen Prioritäten liegen auf den drei Themen Arbeitsplätze, Europa und Umwelt. Sie sind für eine wohlhabende und nachhaltige Schweiz unerlässlich und lassen sich Französisch mit «3 E» zusammenfassen:

1) Emploi: Wir müssen die Beschäftigung fördern sowie die Wettbewerbsfähigkeit und die For-

schungs- und Innovationskapazitäten unseres Landes sichern und Teil der digitalen Revolution sein. Unsere Unternehmen arbeiten daran, der Bund muss es besser machen! Die Schweiz setzt hier auf die liberale Vision der FDP.

2) Europe: Wir müssen unsere Beziehungen zu Europa sichern. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist von entscheidender Bedeutung. Wir müssen die Kündigungsinitiative bekämpfen, das Rahmenabkommen unterstützen und so den bilateralen Weg, den Königsweg der Schweiz, sichern. Die Schweiz setzt hier auf den Mut und den Pragmatismus der FDP.

3) Environnement: Wir müssen mehr für die Umwelt tun. Unsere Partei muss und will ihr Engagement verstärken: mit liberalen Rezepten, durch Innovation, aber ohne Angst vor stärkeren Massnahmen, wenn nötig. Wir wollen den Klimawandel begrenzen und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen



Damien Cottier

– eine «Green Economy» statt Wachstumskritik. Die Schweiz setzt hier auf die Weitsicht der FDP.

Indem wir an diesen Fronten kämpfen, werden wir gemeinsam weiterkommen. Für eine prosperierende, offene und nachhaltige Schweiz. Eine liberale Schweiz.

Damien Cottier, gewählter Nationalrat NE

Jacqueline de Quattro

Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Jacqueline de Quattro bringt einen grossen politischen Rucksack mit. Sie steht dem Departement für Bau und Umwelt des Kantons Waadt vor.

Ich bin ein echter Schweizer «Tuttifrutti». Ich bin am Ufer der Limmat in Zürich geboren, wo ich bis zum Alter von 11 Jahren lebte. Meine Eltern liessen sich dann im Kanton Waadt nieder, wo ich die Schule besuchte und studierte. Jedes Jahr verbringe ich meine Ferien mit meiner Familie in Graubünden und spreche Italienisch. Als ausgebildete Rechtsanwältin habe ich den Weg des Rechts um der Gerechtigkeit willen gewählt. Ich mag es auch, ein Schauspieler, ein Entscheidungsträger zu sein. Ich wollte schon immer Dinge verändern, mich an der Gestaltung eines Gesellschaftsprojektes beteiligen, das auf liberal-freisinnigen Werten basiert. Das sind die Gründe, warum ich der FDP beigetreten bin.

Nachdem ich in den Legislativen und Exekutiven meiner Gemeinde und im Grossen Rat meine Sporen abverdiente, wurde ich 2007 in den Staatsrat des Kantons Waadt berufen. Ich war für die Bereiche Sicherheit, Umwelt, Energie, Gleichstellung und Raumplanung verantwortlich. In diesen ver-

gangenen dreizehn Jahren habe ich gesellschaftspolitische Themen wie die Stärkung der Sicherheit, den Ausbau erneuerbarer Energien, Umweltschutz, die Umsetzung der neuen Rumplanungsgesetzgebung, die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gleichberechtigung umgesetzt.

Das Land voranbringen

In Bern werde ich an der Findung der notwendigen Kompromisse mitarbeiten, um unser Land voranzubringen, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Energie und Sicherheit. Ich bin gegen eine Bestrafungs-Ökopolitik, die unsere Unternehmen und den Mittelstand benachteiligen würde. Wir müssen jedoch neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft von morgen schaffen, die Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit fördern.

Jacqueline de Quattro, gewählte Nationalrätin VD



Jacqueline de Quattro

Die Neugewählten stellen sich vor

Simone de Montmollin

Für eine starke Zusammenarbeit

Simone de Montmollin aus Genf kämpft für Gemeinwohl und Zusammenarbeit. Sie möchte sich für das Interesse des Landes einsetzen und dabei die regionalen Besonderheiten berücksichtigen.

Als Önologie-Ingenieurin arbeitete ich zunächst in Lehre und Forschung, bevor ich als Selbstständige bei technischen und wirtschaftlichen Fachverbänden tätig war. Ich lebe auf dem Land in Genf, mit meinem Mann und unseren beiden Töchtern. Als Präsidentin der Verband Schweizer Önologen bin ich Mitglied in den Ausschüssen verschiedener Berufsverbände.

Ich bin seit 2008 in der Politik voll engagiert (gewählt als Abgeordnete im Verfassungsrat, dann als Grossrätin 2013, wiedergewählt 2018). Meine Hauptmotivation ist das Engagement für das Gemeinwohl, das untrennbar mit unseren Bürgerpflichten verbunden ist.

Meine politischen Interessengebiete erweitern meine beruflichen Engagements: Wirtschaft, Umwelt, Raumordnung, Landwirtschaft, Energie, Ausbildung, Forschung und unsere multilateralen Beziehungen. In diesem Zusammenhang begrüsse ich die Position der FDP zum Thema Umwelt, die am 22. Juni 2019 klar bestätigt wurde.

Nach zehn Jahren in der kantonalen Politik freue ich mich, mich im Nationalrat engagieren zu dürfen. Die Rahmenbedingungen für eine prosperierende und diversifizierte Wirtschaft bleiben eine Priorität. Die umweltpolitischen Fragen betreffen uns sowohl in wirtschaftlicher als auch privater Hinsicht und schliessen Themen wie lokale Lebensmittel oder die Erhaltung des Naturerbes ein. Nur koordiniertes Vorgehen, auf nationaler wie globaler Ebene, wird wirksam sein. Ich stehe ein für Kohärenz. Dazu gehören multilaterale Abkommen, die unseren Exportunternehmen Rechtssicherheit bieten, ebenso wie die Entwicklung einer nachhaltigen einheimischen Wirtschaft.

Simone de Montmollin, gewählte Nationalrätin GE



Simone de Montmollin

Alex Farinelli

Sozialwerke, Umwelt, Aussenbeziehungen

Auch Alex Farinelli aus dem Tessin liegt der Föderalismus am Herzen. Zudem sieht er drei grosse Herausforderungen für unser Land, die er gerne anpacken würde.

«Im Interesse der Schweiz handeln und gleichzeitig die Besonderheiten aller Kantone berücksichtigen»: So könnte ich meine politischen Prioritäten zusammenfassen. Wenn man die verschiedenen Regionen unseres Landes in Bundesbern stärker berücksichtigen möchte, stellt man sich nicht gegen die Interessen des Landes. Vielmehr zählt es, dass man bereit ist, über die lokalen und nationalen Interessen nachzudenken und sie sorgfältig abzuwägen, wenn sie manchmal voneinander abweichen.

Drei grosse Themen

Nach meiner Meinung werden in den kommenden vier Jahren drei Themenbereiche in Bern eine zentrale Rolle spielen: Der erste ist die Alterung der Bevölkerung, die uns zu einem Umdenken beim Rentensystem zwingt, sowie die Herausforderung, dem Anstieg der Gesundheitskosten zu begegnen. Der zweite Bereich ist die Umweltpolitik, die eng

mit der Energiestrategie und der Verkehrspolitik verknüpft ist – für das Tessin bedeutet dies die Vollendung von AlpTransit mit der Verlagerung des Warentransits von der Strasse auf die Schiene. Und drittens sehe ich die Beziehungen zum Ausland und insbesondere zu Europa, das in jeder Hinsicht (Wirtschaft, Sicherheit, Forschung usw.) unser wichtigster Partner ist.

Von Bedeutung sind natürlich noch viele weitere Themen wie Bildung, Digitalisierung oder Armee – auch hier gibt es Herausforderungen anzupacken. Aber die drei erstgenannten Themenbereiche dürften am meisten in unseren Alltag einfliessen, und ich werde sehr gerne, zusammen mit meinen freisinnigen Kolleginnen und Kollegen, an diesen grossen Herausforderungen für die Schweiz arbeiten.

Alex Farinelli, gewählter Nationalrat TI



Alex Farinelli

Die Neugewählten stellen sich vor

Anna Giacometti

Ein langer Arbeitsweg

Anna Giacometti ist Gemeindepräsidentin von Bregaglia, wo 2017 der Bergsturz vom Piz Cengalo niederging und das ganze Land bewegte. Für Graubünden holt sie nach 8 Jahren den Nationalratssitz der FDP zurück.

Ich bin 1961 geboren und in Castasegna GR - an der Grenze zu Italien - aufgewachsen. Mit sechzehn Jahren habe ich das Bergell verlassen, um am Lyceum Alpinum Zuoz die Handelsschule zu absolvieren; es folgte ein Jahr in England, dann arbeitete ich in Chur. Nach einer Ausbildung beim Departement für auswärtige Angelegenheiten in Bern war ich im konsularischen Dienst auf der Schweizer Botschaft in Lissabon und im Generalkonsulat in Mailand tätig. 1987 bin ich ins Bergell zurückgekehrt; ich habe zwölf Jahre lang einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb geführt und war Präsidentin der Vormundschaftsbehörde Oberengadin/Bergell.

Erfahrung mit schwierigen Situationen

Seit vielen Jahren bin auf kommunaler und regionaler Ebene politisch tätig. Als Präsidentin des Regionalverbandes Bregaglia durfte ich das Fusionsprojekt der Bergeller Gemeinden koordinieren und als Gemeindepräsidentin die Entwicklung der Gemeinde Bregaglia mitgestalten. Nach dem Bergsturz am Piz Cengalo konnte ich zeigen, dass es für die Bewältigung einer Naturkatastrophe und bei schwierigen Situationen nicht auf Frau oder Mann ankommt.

Ich habe dieses Jahr für den Nationalrat kandidiert, weil ich dazu beitragen wollte, dass die FDP Graubünden ihren Sitz im Nationalrat zurückerobert. Meine Wahl war für mich eine grosse Überraschung. Ich freue mich sehr, die Interessen der Bündner Bevölkerung im Nationalrat vertreten zu dürfen. Vermutlich bin ich die Parlamentarierin mit dem längsten Arbeitsweg.

Ich lebe mit meinem Lebenspartner in Stampa GR und habe zwei erwachsene Söhne und ein En-

Anna Giacometti, gewählte Nationalrätin GR



Anna Giacometti

Andri Silberschmidt

Vom Jungfreisinn in den Nationalrat

Andri Silberschmidt ist jung, ambitioniert und seit 2016 Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz. Nun ist er mit 25 Jahren der jüngste Nationalrat.

Manches konnte man in den letzten Wochen und Tagen über mich lesen: dass ich jetzt 10 Jahre bei der Zürcher Kantonalbank war, vor drei Jahren mit Freunden als Start-up eine Gastronomiekette namens kaisin. gegründet habe, acht Jahre in unterschiedlichen Funktionen beim Jungfreisinn mich engagierte und seit Frühjahr 2018 im Zürcher Gemeinderat mitwirken darf. Hinzufügen kann ich, dass ich nach meiner Banklehre an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) einen Bachelor in Betriebsökonomie abgeschlossen habe. Vor wenigen Monaten konnte ich an der Cass Business School in London den Master in Global Finance erfolgreich zu Ende bringen. Von morgens sechs bis sieben findet man mich meistens im Fitness und auch sonst steht Sport häufig auf dem Programm. Und im Übrigen mache ich halt in meiner Freizeit das, was 25-Jährige so machen.

Zum Politischen: Für mich war schon als Jugendlicher keine Frage, dass ich mich im Freisinn engagieren möchte. Ich habe eine grundliberale Einstellung, sehe aber die Notwendigkeit, dass der Staat seine Kernaufgaben, ausgestattet mit den notwendigen Mitteln, wahrnehmen muss. Persönlich ist mir auch der soziale Ausgleich wichtig. Jene, die leistungsfähig sind, dürfen nicht durch unnötige Regulierung gebremst werden. Aber jene, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, müssen wir gezielt und nach dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» unterstützen. Zudem möchte ich, dass die Schweiz die Chancen der Digitalisierung nutzen kann.

Ich weiss, welch unglaubliches Privileg ich habe, nun in Bern mitwirken zu können. Das wird mich fordern, aber ich verspreche, dass ich mich mit all meinen Möglichkeiten einsetzen will. Für unseren Kanton, für die Schweiz und natürlich ganz besonders für die FDP.

Andri Silberschmidt,

gewählter Nationalrat ZH



Andri Silberschmidt

Susanne Vincenz-Stauffacher

Vereinbarkeit in der Praxis

Susanne Vincenz-Stauffacher zieht für den Kanton St. Gallen in den Nationalrat. Die Herausforderungen von Beruf, Familie und politischem Engagement kennt sie aus der alltäglichen Praxis.

Aufgewachsen in einer politisch interessierten Familie, waren lebhafte Diskussionen an der Tagesordnung. Die Akzeptanz unterschiedlicher Auffassungen und die Lust, die eigene Meinung zu vertreten, konnten dabei nachhaltig Wurzeln schlagen.

25-jährig wagte ich den «Sprung ins kalte Wasser» und gründete zusammen mit einer Studienkollegin eine eigene Anwaltskanzlei. Meine beruflichen Schwerpunkte, Familien-, Bildungs- und Wirtschaftsrecht, habe ich stets kombiniert mit sozialen Engagements, beispielsweise als Präsidentin der kantonalen Frauenzentrale sowie als Ombudsfrau Alter und Behinderung und als Präsidentin der Opferhilfe, beides für die Kantone St. Gallen und beider Appenzell. Hinzu kam der Einsitz im Kantonsrat. Als Mutter von zwei Töchtern habe ich dabei die Herausforderungen hinsichtlich Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik ganz praktisch erlebt.

Der Nationalratswahlkampf erforderte weit über hundert Auftritte in allen Regionen unseres Ringkantons St. Gallen. Das war ausgesprochen spannend. Die dadurch erreichte Bekanntheit hat sicher zum guten Wahlergebnis beigetragen. Mein persönlicher Gewinn geht aber viel weiter. Die zahllosen Gespräche mit unterschiedlichsten Menschen haben mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass es sich lohnt, für die Öffentlichkeit tätig zu sein.

Ich bin sehr motiviert, im Nationalrat meine politischen Schwerpunkte umzusetzen: gute Bildung für alle; langfristige Sicherung der Altersvor-



Susanne Vincenz-Stauffacher

sorge; solide Rahmenbedingungen für die Wirtschaft; Förderung Vereinbarkeit Familie, Beruf und Politik; Eigenverantwortung für eine nachhaltige Klimapolitik. Ich freue mich darauf!

Susanne Vincenz-Stauffacher,

gewählte Nationalrätin SG

AGENDA

11. Januar

Delegiertenversammlung im Kanton Schwyz

9. Februar

Eidgenössische Volksabstimmung

4. April

Delegiertenversammlung in Biel

27. Juni

Delegiertenversammlung

31. Oktober

Delegiertenversammlung

Abonnieren Sie den Meinungsmacher

Mit unserem elektronischen FDP-Newsletter «Meinungsmacher» bleiben Sie auf dem Laufenden!

Abonnieren unter: https://www.fdp.ch/newsletter oder mit dem QR-Code.

So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!



Unsere Bilder sind jetzt mehr als Bilder – lassen Sie sie lebendig werden!



1 Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter. **2** Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».



Herausgeberin/Redaktion/Inserate:

FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00 E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

Layout und Druck:

NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06

Wir gratulieren allen bisher gewählten Kandidatinnen und Kandidaten und wünschen viel Erfolg!

Gemeinsam weiterkommen.

